

Dauer-Lockdown für Deutschland?

Ein Dauer-Lockdown hilft den Betroffenen nicht und schadet uns allen. Mittelstand, Einzelhändler, Schulkinder und Eltern – die Bürger unseres Landes brauchen jetzt eine Perspektive: Wo Hygienekonzepte eingehalten und Risikogruppen besonders geschützt werden können, ist der Lockdown sofort aufzuheben.



Bildquelle: Adobe Stock / © Nuthawut



**Alternative
für
Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail-Adresse: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Hintergrundbild: Adobe Stock / © prettyboy80; Innenseite v. l. n. r.: Adobe Stock / © Frank Lambert / © zhu difeng / © MIND AND I / © annanahabed

Stand: Februar 2021

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

AUFBRUCH FÜR
DEUTSCHLAND



**RAUS
AUS DER
LOCKDOWN
KRISE**

www.afdbundestag.de



Bildquelle: Adobe Stock / © Feodora



Scannen und lesen:
der QR-Code zu unserem Antrag

www.afdbundestag.de/aufbruch-deutschland

Aufbruch für Deutschland!

Bereits vor der Lockdown-Krise stagnierte die deutsche Wirtschaft. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag legt jetzt ein Konjunkturprogramm vor, damit Deutschland wieder auf die Beine kommt:

✓ Ein Großteil der zugesagten Corona-Hilfen ist noch immer nicht angekommen. Das gefährdet die Existenz vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen. Wir fordern: **Die Corona-Hilfen müssen sofort ausbezahlt werden.**

✓ Die Deutschen stemmen weltweit eine der höchsten Abgabenlasten pro Kopf. **Steuern müssen nachhaltig sinken**, damit sich Leistung wieder lohnt. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die sofortige und dauerhafte **Senkung der Umsatzsteuer von 19 auf 15 Prozent** zur nachhaltigen Belebung der Binnennachfrage, damit unsere Einzelhändler wieder eine Perspektive haben.

✓ Die **CO₂-Steuer muss ersatzlos gestrichen** werden, damit auch der Handwerksmeister weiterhin tanken kann und Mobilität für alle erschwinglich bleibt.

✓ Die Förderung sogenannter alternativer Energien durch die **EEG-Umlage muss beendet** werden, damit Privathaushalte und Industrie nicht weiter unter immer stärker steigenden Strompreisen leiden.

✓ Deutsche Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland, weil sie in Deutschland unwirtschaftlich wird. Wir wollen **attraktive Rahmenbedingungen** für die Industrie schaffen, indem wir Fachkräfte im Land halten und Bürokratie abbauen, etwa durch den Stopp des Lieferkettengesetzes.

✓ Die deutsche Wirtschaft wird durch Auflagen mit geringem oder gar keinem Nutzen stark belastet. Die AfD-Fraktion fordert unter anderem **die Streichung von Quotenregelungen**, damit Unternehmer selbst entscheiden, wen sie einstellen.

✓ Das Auslandskindergeld muss an die Lebenshaltungskosten im Empfängerland gekoppelt werden, damit **deutsche Sozialleistungen vor allem den Menschen in unserer Heimat** zugutekommen.

So finanzieren wir den Aufbruch für Deutschland:

Beiträge an Brüssel deckeln: Keine Erhöhung der deutschen Beiträge an Brüssel auf über 40 Milliarden Euro, wie von der Bundesregierung geplant.

Anleihekäufe der EU wie das PEPP mit deutscher Haftung müssen gestoppt werden. Wir fordern: Keine vertragswidrige Haftung für andere EU-Staaten!

Die mit der Einwanderung verbundenen Kosten werden auf jährlich rund 50 Milliarden Euro geschätzt. Wir wollen die illegale Einwanderung unterbinden, Abschiebungen von Personen ohne Aufenthaltsrecht beschleunigen und eine Einwanderungspolitik umsetzen, die ausschließlich den Interessen unseres Landes entspricht.

Die Kosten der Energiewende betragen bis 2050 nach Schätzungen zwischen 500 Milliarden Euro und drei Billionen Euro. Maßnahmen zur energiepolitisch fehlgeleiteten Energiewende sind umgehend auszusetzen.

Alle unsere Forderungen finden Sie in der Bundesratsdrucksache 19/26895.